

Geopolitische Konsequenzen des russischen Krieges in der Ukraine

Heinz Gärtner

Der Krieg in der Ukraine zeitigt größere geopolitische Konsequenzen. Die Welt befindet sich in einer Großmächtekonkurrenz zwischen den USA, China und Russland. Großmächte versuchen, ihre Einflusszonen zu behalten oder gar auszuweiten, und sie reagieren nervös, wenn sich eine andere Großmacht ihren Grenzen nähert.

1 Das Sicherheitsdilemma

Entscheidungen über Sicherheit und Bündnismitgliedschaft haben Konsequenzen für andere Akteure. Jede Seite gibt vor, defensiv zu handeln. Die anderen Akteure nehmen diese Handlungen entsprechend des Prinzips des Sicherheitsdilemmas oft als offensiv wahr. Wenn Raketen in einem Land stationiert werden, werden sie, trotz gegenteiliger Beteuerungen, von anderen als offensiv empfunden. Es gibt eine Eskalation der Rhetorik. Aggression wird vermutet. Das Sicherheitsdilemma kann bis zu einem Krieg eskalieren. Die Entscheidung Kubas 1962, sowjetische Raketen auf seinem Territorium zu stationieren, löste scharfe Reaktionen der USA aus.

Auch wenn die Entscheidung, sich einem Bündnis anzuschließen, freiwillig getroffen wird, hat sie Konsequenzen für andere Staaten. Die Ukraine sah ihre potenzielle NATO-Mitgliedschaft als defensiv an. Dennoch betrachtete Russland eine weitere NATO-Ausweitung als langfristige Bedrohung. Russland letztlich wollte mit einer gewaltsamen Teilung und Demilitarisierung der Ukraine vollendete Tatsachen schaffen.

2 Typologien von Polarisierung

In den verschiedenen Phasen der Nachkriegszeit gab es unterschiedliche Typologien von Polarisierung. Nach dem Ende Bipolarität, geprägt durch die Militärbündnisse NATO und die Warschauer-Pakt-Organisation, gab es – so der Politologe der realistischen Schule Charles Krauthammer – ein „unipolares Moment“.¹ In dieser Phase der angenommenen Unipolarität blieb die NATO unter der Führung der USA als alleiniges Militärbündnis übrig. Diese Periode war aber keineswegs friedlich, wie die Kriege in Kuwait 1991-1992, auf dem Balkan in den 1990er Jahren, in Afghanistan nach 2001 und im Irak 2003 zeigen. Daten belegen, dass diese kurze Phase der Unipolarität diejenige war, in der es seit 1776 die meisten Militärinterventionen der USA gegeben hat.² Es kann also keine Rede von einem „hegemonialen Frieden“ sein.

¹ Krauthammer 1990/1991.

² Vgl. Kushi und Duffy Toft 2022.

Für die neutralen Staaten war diese Periode schwierig. Unipolarität strebt nach globaler Dominanz. Für Neutralität gibt es da wenig Platz. Es dominierte die Vorstellung: „mit uns oder gegen uns“. In dieser Phase wurden US-Botschaften in neutralen Staaten vorstellig und beklagten, dass diese etwa zu wenig für die NATO-Operation in Afghanistan beitragen würden. Aktivitäten außerhalb des Bündnisses, wie Friedenstruppen im Rahmen der Vereinten Nationen, wurden nicht ernst genommen. Das „unipolare Moment“ währte nur kurze Zeit, auch wenn es teilweise in den Köpfen der US-Regierungen bis heute andauert. Für Washington wird es aber immer weniger möglich, seinen Willen anderen aufzuerlegen, wobei der Abzug aus Afghanistan nur die Spitze des Eisberges bildet.

Danach prägte die realistische Schule den Begriff der Multipolarität. Multipolarität war in der Geschichte mit Polarisierung und Krieg verbunden, wenn man die Perioden vor den beiden Weltkriegen betrachtet. Ähnliche Ideen drücken die Begriffe „Post-American World“ oder „the Rise of the Rest“ aus. Hier geht es um eine Tripolarität. Die US-amerikanische Sicherheits- und Verteidigungsdoktrinen³ sprechen von einer Großmacht Konkurrenz. So würden die rivalisierenden Mächte China und Russland die USA in vielen Teilen der Welt herausfordern. Mit dem russischen Krieg in der Ukraine verändert sich diese Konstellation. So wird Russland mit Ausnahme seiner Nuklearwaffen aus der Großmacht Konkurrenz herausfallen. Das Ergebnis wird eine neuerliche globale Bipolarität sein, nun zwischen den USA und China.

3 Charakteristika der Polarisierung

Polarisierung hat immer zwei Charakteristika: Ideologie und Bündnisbildung. Im Kalten Krieg gab es die ideologische Konfrontation zwischen liberaler Marktwirtschaft und Staatskommunismus. Joseph Bidens Idee der „Allianz von Demokratien“ gegen Autokratien ist ein Beispiel für die gegenwärtige ideologische Polarisierung. Sie versucht, eine globale Bündnis- und Blockbildung herzustellen. Wie alle Ideologien ist sie unehrlich. So gehören die autokratisch regierten Staaten Saudi-Arabien, Ägypten, Vietnam oder die Philippinen von Rodrigo Duterte und das Indien von Narendra Modi zu dieser Allianz, wenn es um geopolitische Interessen geht. Hier gilt das Primat der Geopolitik vor dem Idealismus. Chinas Seidenstraßeninitiative hat eine *Soft Power*-Kapazität, die über wirtschaftliche Interessen hinausgeht und Lebensqualität verbessern kann. Russland dagegen hat keine attraktive Ideologie anzubieten. Der Kampf gegen Nazismus, die Russifizierung oder historische Reminiszenzen von Peter dem Großen besitzen kaum Anziehungskraft.

Neben bereits existierenden Bündnissen wie der NATO oder auch die Kollektive Sicherheitsorganisation (CSTO) wurden auch neue gegründet: Das australisch-britisch-amerikanische Bündnis (AUKUS) sowie die asiatische Quad, bestehend aus den USA, Indien, Japan und Australien, richten sich gegen die angenommene chinesische Bedrohung. Die „Abraham-Accords“ wiederum sind

³ Es sind dies die *National Security Strategy*, die *National Defense Strategy*, die *National Military Strategy* und die *Nuclear Posture Review* der Regierungen Barack Obama, Donald Trump und Joseph Biden.

ein entstehendes Bündnis von Israel und einigen arabischen Staaten, das sich gegen den Iran richtet. China unterhält keine Bündnisse, baut aber ein „globales Netzwerk von Partnern“, wobei die Seidenstraßeninitiative ein wichtiges Instrument ist. Hierbei handelt es sich um eine Vielzahl von bilateralen Beziehungen, die für China multilateralen Charakter haben. Diese sind keine Zwangsbeziehungen, sondern freiwillige Teilnahmen, wobei aber auch Abhängigkeiten entstehen können. China dominiert auch die Shanghai-Kooperation-Organisation, die aber noch keinen Bündnischarakter besitzt. Russland wiederum hat außer der Nachfolgeorganisation des Warschauer Paktes, der CSTO, keine funktionierenden Bündnisse. Russland hat aber Verbündete in Afrika, im Mittleren Osten und Lateinamerika. Jedoch sieht es seine Großmachtposition im Westen durch die NATO-Erweiterung und im Osten durch den chinesischen Einfluss mit der Seidenstraßeninitiative gefährdet. Deshalb glaubt Russland, es könne mit dem Krieg gegen die Ukraine wenigstens seinen Einfluss im Westen wahren. Dementsprechend versteht Russland seine „Militäroperation“ in der Ukraine als Kampf gegen die Unipolarität.⁴

4 Optionen für kleinere Staaten in einer Situation der Polarisierung

In einer Situation der Polarisierung von Großmächten haben kleinere Staaten zwei Optionen: Mitgliedschaft in einem Bündnis oder Neutralität und Blockfreiheit. Erstens können sie sich an eine Großmacht anlehnen (*Bandwagoning*) und einem Bündnis beitreten, um die eigene Sicherheit zu erhöhen und auch wirtschaftliche Vorteile davon zu haben. Kleinere Staaten bekommen in der Regel Schutzversprechen (wie etwa mit Artikel V im NATO-Vertrag), weil sie fürchten, im Falle eines Konfliktes alleine gelassen zu werden (*Abandonment*). Sie laufen aber zugleich Gefahr, in fremde und Großmachtkonflikte hineingezogen zu werden (*Entrapment*), weil sie als Gegenleistung zu den Schutzversprechen auch Verpflichtungen eingehen, anderen Schutz zu gewähren, unabhängig, ob die eigenen Interessen betroffen sind. Mit der von Finnland und Schweden bekundeten Absicht, der NATO beizutreten, wählten sie Bündnis vor Neutralität und Blockfreiheit. Begründet wurde dieser Schritt mit der Sicherheitsgarantie der NATO, die die Ukraine nicht gehabt habe. Zu diskutieren bliebe, inwieweit Finnland und Schweden tatsächlich durch Russland bedroht waren bzw. sind.

Zweitens können kleinere Staaten neutral und blockfrei bleiben. Damit vermeiden sie die Gefahr, in einen Großmachtkonflikt verwickelt zu werden. Dieser Status der Neutralität muss aber glaubhaft und berechenbar sein. Das bedeutet, dass ein neutraler Staat schon in Friedenszeiten seine Neutralität und Blockfreiheit unzweideutig vermitteln muss. Er muss immer wieder klarstellen, dass er nicht anstrebt, einem Militärbündnis beizutreten und nicht an fremden Kriegen teilnehmen oder fremde Truppen auf seinem Territorium stationieren wird. Eine zusätzliche Garantie wäre eine völker- und verfassungsrechtlich abgesicherte Neutralität. In einer Situation der Bipolarität war Österreich nach

⁴ So in den Reden der 10. Moskauer Konferenz über internationale Sicherheit vom 15.-16. August 2022 (vgl. <https://eng.mil.ru/en/mcis/index.htm>, wobei die meisten Reden im Internet geblockt sind).

dem Zweiten Weltkrieg einem Großmachtkonflikt ausgesetzt. Österreich war von den Siegermächten vierfach besetzt. Indem sich Österreich 1955 für die permanente Neutralität entschied, vermied es Besetzung und Teilung. Neutralität kann eine gute Sicherheitsgarantie sein. Es gibt kaum Fälle, bei denen glaubhaft neutrale Staaten, außer im Zuge von großen Kriegen, Ziel eines Angriffs wurden. Historisch gesehen wurde die Neutralität fast immer dann militärisch verletzt, wenn auch Bündnismitglieder angegriffen wurden. So wurde Belgien, das vor den beiden Weltkriegen neutral bleiben wollte, genauso angegriffen wie die Staaten, die Bündnisverpflichtungen eingegangen sind. Um ein *Abandonment* zu vermeiden, muss ein neutraler Staat zwei Bedingungen erfüllen: Einmal darf er keine Bedrohung darstellen, also zum Beispiel keinem von einer Seite als feindlich wahrgenommen Bündnis beitreten oder diese Absicht vermitteln. Zum anderen muss er nützlich sein. Er kann die Funktion eines Pufferstaates übernehmen oder bestimmte Dienste anbieten (Vermittlungstätigkeit, Gastgeberrollen bei Verhandlungen und Gipfeltreffen, diplomatische Initiativen, Friedenstruppen etc.).

5 Konsequenzen für die Ukraine: permanente Neutralität, permanente Teilung oder permanenter Krieg

Eine Teilung der Ukraine war schon seit 2014 abzusehen. Die russisch unterstützten Milizen im Donbas sollten sicherstellen, dass die Ukraine nicht der NATO beitrifft. Eine permanente Neutralität der Ukraine nach dem Vorbild Österreichs hätte möglicherweise die permanente Teilung und den Krieg verhindern können. Die Ukraine hätte auf den NATO-Beitritt verzichten, Russland aber auch seine Präsenz durch die Unterstützung der Milizen im Osten, mit Vorbildwirkung auf Georgien und Moldavien, aufgeben müssen. Weder die Ukraine, noch die NATO, noch Russland waren dazu bereit. Die Ukraine hat ihre Neutralität de facto mit ihrer Absichtserklärung, der NATO beizutreten, nach dem Gipfel der NATO in Bukarest 2008, und 2014 endgültig, aufgegeben. Das russische Motiv für die Invasion in der Ukraine war nicht deren neutraler Status, sondern ihre Absicht, einem aus russischer Sicht feindlichen Bündnis beizutreten.

Der Krieg seit der russischen Invasion am 24. Februar 2022 machte eine Teilung der Ukraine immer wahrscheinlicher. Für die Ukraine stellte sich die Alternative: permanente Neutralität oder permanente Teilung. Die mögliche Teilung der Ukraine würde vielmehr der Teilung Deutschlands oder auch Koreas nach dem verlustreichen Krieg 1950 bis 1953 ähneln. Russland dürfte sich dann mit einer Rumpfukraine im Westen mit NATO-Kandidatenstatus abfinden. Nachdem Finnland seine Blockfreiheit/Neutralität aufgegeben hat, hat Russland ohnehin eine 1300 Kilometer längere Grenze mit der NATO.

Ein anderes Szenario könnte der zehnjährige Abnützungskrieg der Sowjetunion in Afghanistan sein. Den Szenarios permanente Neutralität und permanente Teilung käme ein weiteres hinzu: permanenter Krieg.

6 Ausblick: Alternativen zu einem neuen Eisernen Vorhang

Es zeichnet sich ab, dass sich von der Arktis bis zum Schwarzen Meer ein neuer Eiserner Vorhang, ein *Cordon Sanitaire*, senken wird, der weit über Putins Amtszeit hinaus bestehen wird. Mit diesem neuen Kalten Krieg wird Europa alleine bleiben, während die USA sich auf China in der neuen globalen Bipolarität konzentrieren wird. Um eine derartige permanente Teilung Europas zu verhindern, muss Europa Alternativen entwickeln.

Für die Zeit nach dem Krieg kann eine große internationale Sicherheitskonferenz angedacht werden, ähnlich wie die der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki 1975. Die Idee ist, ein System gemeinsamer Sicherheit zu schaffen, in der Sicherheit als unteilbar angesehen wird. Dieses System wäre ein Gegenmodell zum Sicherheitsdilemma. Ein weiteres Modell könnte eine Konferenz der Staaten – ähnlich dem Wiener Kongress nach 1815 – sein, die eine Neuausrichtung der sicherheitspolitischen Ordnung für eine neue Stabilität verhandelt. Sicherheit kann durch die Reduktion von Bedrohung und nicht nur durch die Vergrößerung von militärischen Kapazitäten hergestellt werden.

7 Literatur

Krauthammer, Charles 1990/1991: The Unipolar Moment. *Foreign Affairs* 70 (1): 23-33.

Kushi, Sidita/Duffy Toft, Monica 2022: Introducing the Military Intervention Project: A New Dataset on US Military Interventions, 1776–2019. <https://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/00220027221117546>. (aufgerufen 16.09.2022).